

Die "Weißeritz-Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und wird am Spätnachmittag ausgegeben. Preis vierteljährlich einhundertfünfzig Pf., halbjährlich 2,40 M., einmonatlich 1,60 M., einmonatlich 80 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger nehmen Bestellungen an.

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Inserate werden mit 20 Pf. für die Spaltenzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zwelgepaltene Zeile 65 bez. 50 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingeladene, im redaktionellen Teile, die Spaltenzeile 50 Pf.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde
Mit achtseitigem „Illustrierten Unterhaltungsblatt“ und Unterhaltungsbeilage.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 164

Mittwoch den 17. Juli 1918 abends

84. Jahrgang

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Freitag den 19. Juli 1918 abends 8 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses.
Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Großes Hauptquartier, 16. Juli 1918. Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In einzelnen Abschnitten lebte die Kampfaktivität auf. Westlich von Tynette wurde ein nächtlicher Vorstoß, westlich von Hebuterne ein starker Angriff des Feindes abgewiesen. Hier haben sich während der Nacht neue örtliche Kämpfe entwickelt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Zwischen Aisne und Marne und westlich von Chateau Thierry lebhafteste Artilleriekämpfe. In kleineren Unternehmungen und im Vorstoß über die Marne südwestlich von Jaulgonne brachen wir in die feindlichen Linien ein und brachten Gefangene zurück.

Südwestlich und östlich von Reims sind wir gestern früh in Teile der französischen Stellung eingedrungen. An den Vorbereitungen für die artilleristische Kampfführung hatten Vermessungstruppen besonderen Anteil. Artillerie, Minenwerfer und Gaswerfer eröffneten durch ihre vernichtende Wirkung im Verein mit Panzerwagen und Flammenwerfern der Infanterie den Weg in den Feind.

Die Armee des Generalobersten v. Boehn hat zwischen Jaulgonne und östlich von Dormans die Marne überschritten. Pioniere legten im Morgengrauen Sturmtruppen über den Fluß und schufen damit die Grundlage für den Erfolg des Tages. Infanterie stürmte die steilen Hänge auf dem Südufer der Marne. Unter ihrem Schutze vollzog sich der Brückenschlag. In stetem Kampfe durchstießen wir das zäh verteidigte Waldgelände der 1. feindlichen Stellung und warfen den Feind auf seine rückwärtigen Linien bei Conde la Chapelle—Combligny—Mauveuil zurück. Auch nördlich der Marne entziffen wir Franzosen und Italiener ihre 1. Stellung zwischen Ardre und Marne. Wir standen am Abend im Kampfe östlich der Linie Chatillon—Cuchery—Chaumigny.

Die Armeen der Generale Mudra und v. Einem griffen den Feind in der Champagne von Bruney, östlich von Reims bis Tahure an und nahmen im Kampfe mit dem sich unserer Angriff entziehenden Feinde die 1. französische Stellung. Südlich von Nauroy—Moronvillers stießen wir über die Höhenlinie Cornillet—Hochberg—Reilberg—Pöhlberg durch das Trichterfeld der vorjährigen Frühjahrsschlacht bis an die Römerstraße nordwestlich von Prosnès und in das Waldgelände südlich des Fichtelberges vor. Westlich der Suippes entziffen wir dem Feinde das Kampffeld der Champagneschlachten zwischen Aubertin und südlich von Tahure. Auf unserer Angriffsfrente östlich von Reims hält der Franzose seine 2. Stellung nördlich von Prosnès—Souain—Verthes.

Trotz tiefer Wolken und böigen Windes waren die Luftstreitkräfte tätig. In niedrigen Höhen griffen Flieger mit Bomben und Maschinengewehren in den Kampf auf der Erde ein. Sie schossen gestern über dem Kampffeld 31 Flugzeuge und 4 Fesselballone ab. Die Leutnants Löwenhardt und Menthoff errangen ihren 36. Leutnant Bolle seinen 21. Luftsieg.

Die Zahl der bisher eingebrachten Gefangenen beträgt mehr als 13000.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

In kleineren Unternehmungen in Voßbringen, in den Vogesen und im Sundgau machten wir Gefangene.
Der Erste General-Quartiermeister.
Ludendorff.

Die Sicherungen

für Belgiens Wiederherstellung.

Die „Bayerische Staatszeitung“ führt zur belgischen Frage aus, man dürfe im deutschen Volke, aber auch bei den Regierungen der Entente unbedingt darauf rechnen, daß die deutsche Regierung ihre Bedingung für die Herausgabe Belgiens unerbittlich durchsetzen und daß Deutschland das Schwert nicht eher aus der Hand legen werde. Unter diesen Bedingungen werden vor allem ausgeführt die Zurückgabe des Kolonialbesitzes, die unbedingte Aufgabe jedes Krieges, auch des Wirtschaftskrieges nach dem

Kriege, und die Schadloshaltung für die völkerrechtswidrigen Maßnahmen, mit denen die Entente während des Krieges unseren Handel unterbunden und unsere wirtschaftliche Stellung in der Welt untergraben hat. Dabei würde Deutschland selbstverständlich handgreifliche Garantien, vor allem auch durch sofortige Lieferung von Rohmaterialien beanspruchen. Zu den Sicherungen gehört selbstverständlich auch, daß die Fortsetzung der deutschseits in Belgien eingeschlagenen Politik gewährleistet ist, und daß nicht etwa die Blamen von neuem den früheren Mächtschaften der Entente ausgeliefert werden, und zwar werden diese Sicherungen erfolgen müssen nach dem von der Entente aufgestellten Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Dertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Tagesordnung für die Stadtverordneten-Sitzung am Freitag den 19. Juli 1918, abends 8 Uhr: a) Öffentliche Sitzung: 1. Mitteilung, Schutzmann Heerkloß betr., 2. Vorlage, Flurschutzkommando der Stadt betr., 3. Vorlage, Kupferablieferung des Elektrizitätswerkes an die Metallmobilisationsstelle betr., 4. Vorlage, Erziehungsbefassung für Bronzemedaille usw. am Bismarckdenkmal betr., 5. Vorlage, Zuschuß zur Volksküche im 2. Vierteljahr 1918 betr., 6. Vorlage wegen Durchführung der Beschlässe über Begründung einer neuen Rassenbeamtenstelle, 7. Vorlage, Schleißen-Anliegerbeiträge für das Grundstück Nr. 255 D, 8. Vorlage, Anschluß der hiesigen Grundstücke der Firma Blanke & Rast an die Wasserleitung betr., 9. Vorlage, Rückzahlung des beim Wertsambau aufgenommenen Handdarlehens der Elektrizitätswerksgesellschaft betr., 10. Vorlage wegen Anschaffung weiterer Schulbänke für die Bürgerschule, 11. Vorlage, Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten der Laubheu-Sammlung betr., 12. Vorlage über Weiterverpachtung der am 1. Oktober d. J. pachtfrei werdenden städtischen Grundstücke, 13. Vorlage über vorläufige Vermietung der Direktorwohnung im Müller-Schulgebäude. b) Nichtöffentliche Sitzung.

Es gibt keinen „markenfreien“ Zucker! Wiederholte Anfragen bei der Zuckerverteilungsstelle zeigen, daß vielfach die Ansicht besteht, als sei markenfreier Zucker, wenn auch zu bedeutend höheren Preisen, zu erhalten. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß es markenfreien Zucker überhaupt nicht gibt, weder Inlands- noch Auslandszucker. Der Inlandszucker wird als Mundzucker auf Zuckerarten oder als Industriezucker oder für Heeresverpflegung verteilt. Der Zucker darf nur zu den Zwecken verwendet werden, zu denen er verteilt worden ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft. Außerdem soll in Zuwiderhandlungsfällen der noch vorhandene Zucker behördlich eingezogen werden, ohne irgendwelche Vergütung an den Eigentümer. Auslandszucker, der eingeführt wird, kommt nicht in den freien Verkehr, da er der Zentraleinkaufsgesellschaft Berlin anzubieten ist. Wenn dennoch markenfreier Zucker in den Verkehr kommt, so kann er nur aus unrechtmäßiger Verwendung oder Diebstählen herrühren. Außerdem wird meist Höchstpreisüberschreitung, Kettenhandel usw. vorliegen. Im Interesse einer gleichmäßigen Landesversorgung wird es einem jeden zur Pflicht gemacht, Fälle, in denen markenfreier Zucker angeboten wird, genau festzustellen und mit dem Namen des Anbietenden der nächsten Polizeibehörde oder der Zuckerverteilungsstelle für das Königreich Sachsen in Dresden zu melden.

Zur Verbesserung des Kriegsbrottes schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“: Wenn wir die Ernährung der Bevölkerung verbessern wollen, dann müssen wir unbedingt und allgemein auf die Beimischung der Kleie zu Mehl verzichten. Statt der jetzt vorgesehene 160 Gramm Kleierchen Mehle können dann allerdings nur 136 Gramm Kleierchen Mehles gegeben werden. Trotzdem wird aber der Verbraucher darin 38 Gramm Nährstoffe mehr ausnützen als im Kleierchen Mehl, und wir werden insbesondere wieder genügend Kleie zur Verfügung haben, um eine entsprechende Menge Blech aufzugähnen und zu sätern. Wir werden dann ein lockeres und besser aufgegangenes Brot als bisher haben, und

das ist sehr entscheidend für das Sättigungsgefühl, das zuerst durch das Auge eingeleitet wird. Selbst wenn man zur Streckung Kartoffeln oder Trockenrüben beimischen müßte, würde dies für die Ausnützung noch lange nicht so schädlich sein wie die Beimischung der Kleie. Die Maßnahme muß aber allgemein durchgeführt werden. — Dazu schreibt man: Wenn eine Ausnützung der Kleie erfolgen soll, so kann man nur das Friesische Verfahren in Anwendung bringen, das der Kleie noch einen großen Teil der wesentlichen Nährstoffe unter Auscheidung der Holzfasern entzieht. Hoffentlich zieht man diesmal zu dieser äußerst wichtigen Frage Fachmänner hinzu.

Die Reichsbekleidungsstelle hat eine Bekanntmachung erlassen über weitere Abänderung der Bekannmachung über die Erteilung von Bezugsscheinen bei Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche vom 13. Oktober 1917.

Altenberg. Unter den Sommergästen, die mit Ferienbeginn wieder in unser Städtchen eingezogen sind, befindet sich auch wieder, heuer zum 21. Male, die Ferienkolonie der Stadt Riesa, die am Sonnabend in ihrem altgewohnten Heim, dem Schützenhause, 15 Knaben und 12 Mädchen stark, eingezogen ist, um 4 Wochen hier zu verweilen. Die Kolonie steht wieder unter Leitung des Herrn Oberlehrer Krause und zählt mit der Familie des Leiters 30 Köpfe.

Freiberg. Von der Ferienstrafkammer des Königl. Landgerichts hier sind verurteilt worden: 1. Fabrikarbeiterinnen Martha Johanna Friedrich und Hulda Gertrud Viebig aus Rabenau, beide zurzeit als Fürsorgezöglinge in der Bezirksanstalt Saalhausen untergebracht, wegen Betrugs, Diebstahls, Unterschlagung und Urkundenfälschung, und zwar die Friedrich zu 10 Monaten und die Viebig zu 8 Monaten Gefängnis, die letztere überdies wegen Genußmittelenwendung zu 5 Tagen Haft; 2. der Dreherlehrling Gustav Adolf Fischer in Raasdorf wegen schweren Diebstahls und der Metallfabrikarbeiter Ernst Georg Geil daselbst wegen Hehlerei zu je 2 Wochen Gefängnis.

Schandau. Während hier am Sonnabendabend ein Güterzug, bestehend aus Langholz- und gefällten Tankwagen, rangiert wurde, stand der Zugführer, in der Hand eine brennende Azetylenlaterne, daneben. Plötzlich spritzte bei einem Ruck, den die Wagen von der Lokomotive erhielten, aus einem nicht ganz dichtem Tankwagen ein ziemlich starker Strahl Benzin heraus, lief aber die Laterne des Zugführers, entzündete sich im Nu und setzte den Beamten in Flammen. Auch der Wagen brannte sofort lichterloh. Obwohl eine Zugschaffnerin sofort ihren Mantel geistesgegenwärtig über den Beamten warf, wodurch es ihr gelang, die Flammen zu erlöchen, trug der Zugführer doch so schwere Verletzungen davon, daß er nach Dresden ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

Leipzig. Die Leipziger Schühnergemeinschaft, gegründet 1443, wird ihr 475jähriges Jubiläum im September d. J. feiern. Den Verhältnissen der Gegenwart Rechnung tragend, gedenkt sie, den bedeutungsvollen Tag nur in einfacher, würdiger Weise festlich auszugestalten. In früherer Zeit wurden bei ähnlichen Anlässen unter Beteiligung der ganzen Bürgerschaft große Festzüge und mehrtägige Schühnerfeste veranstaltet. Der prächtige historische Festzug im Jahre 1893 wird vielen Leipzigen noch in Erinnerung sein. Laut Vorstandsbeschlusse wird das 475jährige Jubiläum am 8. September durch ein Jubiläumsschießen, am 15. September durch einen Festaktus und einen Konzertabend begangen.

Burkhardttsdorf. Kein Wohnungsmangel besteht im hiesigen Orte, wie die leztlich erfolgte Aufnahme erwiesen hat. Es wurden über 50 leerstehende Wohnungen aufgezählt. Demzufolge erübrigt es sich, jetzt besondere Maßnahmen zu treffen.

Berbau. Die städtischen Rörperschaften in Berbau haben die Einführung der Unverheiratetensteuer beschlossen. Sie beginnt bei Einkommen von 2200 M. mit 5 Proz. und steigt bis zu 25 Proz. der Gemeindesteuer.

Reichenbach. Eine Buchdrucker- und Buchbinderfachschule wird in der Gewerbeschule ins Leben treten. Bis jetzt mußten die Buchdruckerlehrlinge, wenn sie sich weiter ausbilden wollten, nach Plauen fahren.

Im Turm der Peter-Pauls-Kirche ist das zum

Schlagwerk der Turmuhr fahrende große Hansfelle gerissen und das zenerische Gerüst heruntergerollt. Dadurch ist das Schlagwerk, das bisher immer noch die ganzen Stunden angelegt, nunmehr völlig außer Tätigkeit gesetzt.

Ostzig. Die Leiche des am 5. Juli unweit der Hansfelle Mühle infolge des Hochwassers der Wittig ertrunkenen Gutbesizers August Schenke aus Reuth ist in der Nähe der Unfallstelle geborgen worden. Pferd und Wagen waren bereits am Tage nach dem Unfall ausgefunden worden. An dem Tage des Unglücks ist ferner eine Frau aus Böhmen, die bei Wiese die Wittig überschreiten wollte, ein Opfer des Hochwassers geworden.

Sitzung des Stadtrates zu Dippoldiswalde vom 15. Juli 1918.

1. Von einer Verordnung des Rgl. Ministeriums des Innern, wonach am 14. und 15. September d. J. im Königreich Sachsen eine Landesammlung zugunsten der Deutschen Kolonialkriegerspender stattfinden soll, wird Kenntnis genommen und Entschließung dazu bis nach den Schulferien ausgelegt.

2. Desgleichen nimmt man Kenntnis von einer Verordnung des stellv. Generalkommandos XII, in der gebeten wird, bei den Kinobesitzern dahin zu wirken, daß die militärischen Filme und Standbilder (politische Karikaturen) regelmäßig vorgeführt werden. Das Erforderliche ist zu veranlassen.

3. Die Errichtung einer Pferdeschlächtereier im Grundstücke Freiburger Straße 237 wird bedingungsgemäß für die Dauer des Krieges unter Vorbehalt jederzeitigen Widerstands genehmigt.

4. Zugelassen wird den Ausschüßanträgen über

- den Ausbau von 1370 Kilogramm Kupfer aus den Freileitungen der städtischen Beleuchtung, deren Ablieferung an die Metallmobilmachungstelle zum Preise von 5,60 M. für 1 Kilogramm und die Ersatzbeschaffung hierfür,
 - den Anschluß der Grundstücke der Firma Blante & Raft an die städtische Wasserleitung; dabei wird das Recht der Stadtgemeinde auf Mitbenutzung und Weiterführung der in den öffentlichen Verkehrsraum zu liegenden kommenden Anschlußleitung besonders vorbehalten,
 - die von der Schulleitung auch während der Schulferien fortzuführende Laubheuschammung und die Bewilligung eines Berechnungsgeldes von 300 M. aus der Verfügungssumme der Schulkasse zwecks Gewährung einer Vergütung von 10 Pf. für die Stunde an die sich beteiligenden Schulkinder,
 - die Beschaffung von Schulbänken für die Bürgerschule und Bewilligung von 600 M. dazu zu Lasten des Schulbaufonds,
 - die Vermietung der Direktor-Wohnung in der Deutschen Mälerschule auf so lange, als sie nicht für Schulzwecke benötigt wird, und die Vornahme der erforderlichen Vorrichtungsarbeiten nach den noch einzuholenden Anschlägen,
 - die Ausbesserung des Daches der Deutschen Mälerschule,
 - die einstweilige Stundung eines Teiles der Schulschuldenbeiträge für das Hausgrundstück 255 D Abteilung A gemäß § 22 Abs. 5 der Ortsbauordnung,
 - die Weiterverpachtung der im Herbst d. J. freiwerdenden städtischen Flurstücke,
 - die Zurückzahlung des beim letzten Umbau des Elektrizitätswerkes aufgenommenen Handdarlehens von 30000 M.
- Zu 4a-i ist die Zustimmung der Herren Stadtvorordneten einzuholen.

Letzte Nachrichten.

Neue U-Boots-Erfolge.

Berlin, 16. Juli. (Amlich.) Von unseren Unterseebooten sind im westlichen Teile des Kanals 3 Dampfer und 1 Segler von zusammen über 31000 B.R.-T. vernichtet worden. Darunter befand sich der amerikanische Truppentransporter „Cincinnati“ 16339 (B.R.-T.), der aus einem großen Transporterleichterzug unter starker Sicherung herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Neue Beschießung von Paris.

Paris, 16. Juli. (Reuter.) Die Beschießung durch das westtragende Geschütz wurde am Montag wieder aufgenommen.

Bölkerrrechtswidrige Waffen der Amerikaner.

Die „Baller Nachrichten“ erfahren aus New York: Tausende von Schrotflinten auf nahes Ziel werden den amerikanischen Soldaten in die Feuerlinie in Frankreich geliefert. Die Waffe hat 6 Jagdladungen. Auf ihrem Lauf kann das Seitengewehr aufgespielt werden. Wenn vollständig abgefeuert, bestreicht das Gewehr einen Raum von vier Fuß Durchmesser auf 50 Yards. Das Gewehr dient besonders dem Rahtamp und ist wirksamer als das Maschinengewehr.

Drei amerikanische Armeekorps in Frankreich.

Washington, 15. Juli. General March gab bekannt, daß aus den amerikanischen Divisionen in Frankreich endgültig drei Armeekorps von je 225000 bis 250000 Mann organisiert worden sind. Die Verschiffungen der Truppen nehmen ohne Unterbrechungen im Tempo der letzten Monate ihren Fortgang.

Haitis Kriegserklärung.

Reuter meldet aus Port au Prince: Der Staatsrat von Haiti genehmigte einstimmig die Kriegserklärung an Deutschland.

Englische Flugzeugverluste.

Der „Berner Bund“ berichtet: Reuter meldet aus London, daß an der Westfront in dem Zeitraum vom 1. Juli 1917 bis 3. Juli 1918 1186 englische Flugzeuge verloren gingen. In Italien wurden 13, bei Saloniki 4, in Palästina 10 englische Flugzeuge in dem genannten Zeitraum zerstört.

Repressalien Venins

gegen die Landung an der Murmanküste.

Nach einer Meldung des Pariser „Matin“ hat Venin die Verhaftung von 300 in Petersburg und in Moskau befindlichen italienischen und serbischen Offizieren als Repressalien gegen die Landung der Entente an der Murmanküste angeordnet.

Gerard gegen Hearst.

Der frühere Berliner Botschafter Gerard ist als Kandidat für den Gouverneurposten des Staates New York gegen den Kandidaten von Tammanyhall, den Zeitungsverleger Hearst, aufgestellt worden.

Hearst ist ein scharfer Gegner Wilsons und der amerikanischen Kriegswirtschaft. Auf den Ausgang dieser Wahl darf man besonders gespannt sein. Bisher haben die Wilsonschen Kandidaten ausnahmslos schlecht abgeschlossen. Die verschiedenen Nachwahlen zum Kongreß haben nicht einen einzigen Wilsonmann nach Washington gebracht, und die Bürgermeisterwahl in New York war eine vernichtende Niederlage für den Wilsonkandidaten Mitchell. Falls nun auch Hearst im Kampfe gegen Gerard Sieger bleiben sollte, dann brauchte Wilson nicht länger mehr zu fragen, aus welcher Ecke der Wind weht.

Englische Waffendrohung gegen Holland.

Haag, 16. Juli. Aus dem vollständigen Weisbuch der holländischen Regierung über den Geleitzug nach Niederländisch-Indien geht hervor, daß die holländische Regierung die Wiederausstattung der für die indische Ballistikindustrie notwendigen deutschen Farbstoffe erst versagt, nachdem die englische Regierung mitgeteilt hatte, sie werde mit ihren Streitkräften zur See den Geleitzug aufhalten, falls die holländische Regierung die Ausfahrt mit den Farbstoffen vornimmt. In diesem Falle würde es zu einem bewaffneten Konflikt gekommen sein, den die holländische Regierung dem Lande nicht zumuten wollte. (Zu den zahllosen Beweisen, wie die angeblichen Beschützer der keinen Staaten deren Rechte brutal mit Füßen treten, liefert das holländische Weisbuch einen neuen, besonders bezeichnenden Fall, in dem England bis zur offenen Drohung mit dem Kriege ging, um dem kleineren Staate seinen Willen aufzuzwingen. D. R.)

Wettervorhersage

Keine wesentliche Veränderung, Gewitterneigung.

Aus aller Welt.

Cholera in Schweden. An Bord des Dampfers „Angermanland“, der in Stockholm eintraf, starb eine Person an Cholera. Die übrigen Schiffsinassen sind sehr schwer krank.

Die Schwelger im Badofen. Der Bauersohn Franz Stipp in Reddinghausen litt an Rheumatismus und Nierenschmerzen. Um sich von diesem Leiden zu befreien, beschloß er, sich im geheizten Badofen einmal gründlich auszuschwigen. Er kroch daher nach dem Baden in den noch heißen Ofen, nachdem er vorher seine Mutter aufmerksam gemacht hatte, ihn nach einer halben Stunde wieder herauszulassen. Als sie nach der bedungenen Zeit den Sohn herauslassen wollte, war er tot.

Verhängnis Blitzschlag. Während eines heftigen Gewitters befand sich die Gattinwitwe Maria Beckmeier von Hinterschönau bei Berchtesgaden mit ihren drei Kindern bei der Heuarbeit. Als die Frau auf die Witten der gedüngtesten Kinder eben nach Hause gehen wollte, fuhr ein Blitzstrahl hernieder und tötete sie. Die Kinder kamen mit dem Schrecken davon.

Kein Schmuggel mehr. Ein fast völliges Aufhören des Schmuggels ist eine Folge der knappen Rationierung in Holland. Was heute noch über die Grenze kommt, ist bedeutungslos. Die gewerbsmäßigen Schmuggler haben sich infolgedessen wieder ihrem früheren Verufe zugewandt oder, sofern sie dies infolge größerer Kriegsgewinne nicht mehr nötig haben, sich zur Ruhe gesetzt.

Ein Gefecht mit Schweinedieben. Der Landwirtin Frau Wusel in Pierschno wurde ein etwa zweieinhalb Zentner schweres Schwein gestohlen. Der Gendarm fand alsbald in einem etwa 3 Kilometer liegenden Roggenfelde das abgeschlachtete Schwein. In der Annahme, daß die Diebe in der Nacht das Schwein abholen würden, legte sich Gendarmmeister Schläaf mit dem Amtsboten Matelst, dem Gemeindevorsteher Schowial aus Pierschno und dem Gemeindevorsteher aus Runowo auf die Lauer. Um 12 Uhr nachts erschienen drei Männer, die sich vorsichtig heranschlichen. Als sie sich über das Tier hermachten wollten, um es zu zerhacken, rief sie Herr Schläaf mit lauter Stimme an: „Stehen, oder ich schleße!“ Diesen Anruf erwiderten sie mit Revolvergeschüssen. Der Gendarm schloß darauf gleichfalls, sodas eine regelrechte Schießerei entstand, wobei der Amtsbote Matelst an der linken Hand verletzt wurde. Zwei Männer ergriffen nach kurzem die Flucht, während der dritte durch einen Schrotschuß in die Lunge getroffen zusammenbrach. Es ist der Schmiedegeselle Theofil Kamerlinskia us Schroda. Auch die beiden anderen Diebe sind inzwischen festgenommen worden.

Der große Gefangenen austausch.

Einigung mit England.

Der holländische Minister des Neuhern hat am Sonntag Abend die Deutsch-Englische Kriegsgefangenen-Konferenz geschlossen.

Der englische Minister Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß zwischen den Delegierten im Haag über den Austausch der Gefangenen eine Einigung erzielt wurde, die aber noch der Ratifikation der beiden Regierungen bedarf. Sobald die britischen Delegierten zurückgekehrt sein würden, werde die Frage des Austausches der türkischen, britischen und indischen Gefangenen in Angriff genommen werden.

Bei dem Uebereinkommen ist von deutscher Seite ein Vorbehalt gemacht worden, der sich auf die Deutschen in China bezieht. Wir fordern, daß die Entente von ihrem Plan, die Deutschen aus China zu entfernen, Abstand nimmt. Das Gefangenen-Abkommen bestimmt, daß Unteroffiziere und Mannschaften, die sich länger als anderthalb Jahre in Kriegsgefangenschaft befinden, entlassen werden sollen, ähnlich wie das in dem in Bern zustande gekommenen Abkommen bestimmt wird; zugleich sollen fast alle bürgerlichen Personen, die den Wunsch dazu äußern, in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Weiter ist die Entlassung der in Holland und in der Schweiz internierten Gefangenen geregelt. Ein Ausschuß, der im Haag zusammenzutreten soll, wird die Rückbeförderung der in überseeischen Ländern befindlichen Deutschen regeln. Weitere Bestimmungen haben Bezug auf die Behandlung von Kriegsgefangenen.

Beginn des deutsch-französischen Gefangenen austausches.

Am 15. Juli ist entsprechend den von der französischen Regierung bei den Verhandlungen von Bern im April d. J. gegebenen Zusagen ein Zug mit ungefähr 800 elsaß-lothringischen Zivilpersonen, darunter eine Anzahl von Frauen und Kindern aus Frankreich über die Schweiz in Konstanz eingetroffen. Mit diesem Zuge sind auch diejenigen elsaß-lothringische zurückgeführt, wegen deren widerrechtlicher Zurückhaltung die deutsche Regierung sich vor einem halben Jahre gezwungen gesehen hat, tausend angehörige französische Staatsangehörige aus dem besetzten Gebiet nach Wilna und Holzminde in Internierungslager zu überführen. Infolgedessen sind nunmehr diese Franzosen zum Teil nach ihren im besetzten Gebiet gelegenen früheren Wohnorten, zum Teil über die Schweiz nach dem besetzten Frankreich entlassen worden.

Mit der Herausgabe der elsaß-lothringischen, deren Befreiung von der Deutschen Regierung als Ehrensache betrachtet wurde, ist die Voraussetzung zu dem Beginn des in Bern vereinbarten großen Kriegs- und Zivilgefangenen austausches erfüllt. Ein Zug von 438 nach den Bestimmungen der Berner Vereinbarungen in der Schweiz zu internierenden Offizieren ist daselbst eingetroffen. Ein weiterer Zug von einer ungefähr gleichen Anzahl von Offizieren wird morgen folgen, so daß alsdann der größte Teil der in den Jahren 1914 und 1915 gefangengenommenen deutschen Offiziere der Unterbringung in der Schweiz teilhaftig wird. Ferner sind in Konstanz Ende dieser Woche ein Zug mit ungefähr 750 Unteroffizieren und Mannschaften, in der darauffolgenden Woche zwei weitere Züge mit gleicher Bezeichnung sowie ein Zug mit etwa 600 Zivilpersonen zu erwarten; die Transporte werden in regelmäßigen Abständen nach Maßgabe der eisenbahntechnischen Möglichkeiten fortgesetzt.

Monatlich werden 13.400 Gefangene ausgetauscht.

Der jetzt mit Frankreich beginnende Gefangenen austausch wird monatlich 10.000 Kriegsgefangene Unteroffiziere und Mannschaften, 3000 Zivilgefangene und 400 Offiziere umfassen. Die letzteren werden — mit Ausnahme einiger Kranken — in der Schweiz interniert, die übrigen kommen in die Heimat zurück.

Die Gefangenen bleiben zunächst sieben Tage in Konstanz, danach kommen sie nach den Ersatztruppenteilen und werden von dort, vier Wochen in die Heimat entlassen. Die Verwendung dieser Leute erfolgt weder an der Front noch in der Stappe; sie werden als Ersatz für die ausgetauschten französischen Kriegsgefangenen der Kriegswirtschaft zugeführt werden.

Die Grenzen unserer Friedensbereitschaft.

Graf Burian über die Lage.

„...Tage vor dem Zusammentritt des Reichsrats hat der österreichisch-ungarische Minister des Neuhern Graf Burian einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage gegeben, der eine dankenswerte Ergänzung der letzten Rede des Grafen Hertling vorstellt und ein Beweis ist für die völlige Uebereinstimmung der Politik der Mittelmächte:

Graf Burian erblickt in der letzten Entwicklung der Dinge bei den Feinden leichte Zeichen einer beginnenden inneren Wandlung.

Der Minister stellt fest, daß auch die neuen vier Punkte des Herrn Wilson vom 4. Juli abgesehen von einigen Ueberschneidlichkeiten unseren Widerpruch nicht herausfordern, wir werden ihnen im Gegenteile weitgehend und warm zustimmen können. Niemand verweigert dem Genius der Menschheit diese Fuldigung, niemand seine Mitwirkung. Aber nicht daraus kommt es an, sondern daraus, was neben diesen „Gütern der Menschheit“ mitberanden wird. Und das sollten einmal beide Teile ehrlich versuchen aufklärend und im gegenseitigen Einvernehmen feststellen. Aber nicht nach der Methode, wie z. B. unsere Friedensschlüsse im Osten beurteilt worden sind. Unsere Gegner waren ja alle eingeladen an denselben teilzunehmen und sie hätten dafür mitzureden können, daß sie anders ausfallen. Aber jetzt hinterher steht ihre Kritik auf schwachen Füßen, denn es gibt keine Rechttitel, aus denen sie berufen wären, Friedensbedingungen zu beurteilen, für die die Beteiligten annehmbar oder unvermeidlich gewesen sind. Keiner der künftigen

Staaten braucht je in den Fall von Rußland oder Rumänien zu kommen, da wir doch immer bereit sind, mit allen in Waffen gegen uns stehenden Feinden in Friedensverhandlungen einzutreten. Wenn unsere Gegner immer wieder Sühne von uns fordern, für getanes Unrecht und „Wiederherstellung“ so ist das ein Anspruch, den wir ihnen gegenüber mit viel mehr Zug und Recht erheben können. Denn wir sind die Angegriffenen und die — uns — verursachten Schäden sind also vor allem gutzumachen.

Die Grenzen unserer Friedensbereitschaft.

Doch wird auch diese Interessenreihe wohl kaum die Entwirrung dieses furchtbaren Krieges hindern. Unüberwindlich scheint hingegen noch der Trost, mit dem die territorialen Forderungen nach Elsaß-Lothringen, Orient und Triest, den deutschen Kolonien usw. gestellt werden. Hier ist die Grenze unserer Friedensbereitschaft, die alles diskutieren lassen kann, nur nicht den unberührbaren eigenen Besitzstand.

Von Oesterreich-Ungarn will der Feind nicht nur abtrennen, was er für sich begehrt, es soll auch das innere Gefüge der Monarchie angegriffen und sie tunlichst in ihre Bestandteile aufgelöst werden. Unsere Gegner gehen von einer völlig schablonenhaften Verkennung der österreichisch-ungarischen Monarchie aus. Oesterreich und Ungarn besitzen die nötige Elastizität und Anpassungsfähigkeit, sich gemäß den Bedürfnissen selbst zu reformieren und ihre inneren Krisen unter Ausschluß unberufener auswärtiger Einmischung selbst zu lösen. Die Monarchie lehnt fremden Eingriff in jeder Form entschieden ab, ebenso wie sie sich mit fremden Angelegenheiten nicht befaßt.

Wie unsere Friedensbereitschaft anzufassen ist.

Nun muß der entschlossene Abwehrkampf weiter geführt werden bis zum guten Ende, und bis er uns die für die künftige ruhige Existenz erforderliche Sicherheit bringt. Diese uns aufgezwungene Wehr in Waffen darf aber nicht als Gegenlag aufgefaßt werden zu der Notwendigkeit einer unablässigen politischen Betätigung.

Kriegsführung und Diplomatie dienen im Kriege demselben Zweck: sie können einander nicht ausschließen. Die diplomatische Tätigkeit wird beim jedem Schritte auf die Kriegsführung die sachlich gebotene Rücksicht nehmen; die Ergebnisse der Kriegsführung werden für ihre Arbeitsteilung bestimmend sein, andererseits hat die Diplomatie die Pflicht, unablässig auf dem Ausweg zu sein, und die Möglichkeiten für eine wirkliche Betätigung wahrzunehmen. So und nicht anders ist auch die Friedensbereitschaft der Mittelmächte anzufassen. Sie wird die unüberwindliche Verteidigung der Verbündeten nicht einen Augenblick hemmen, sie wird aber nach siegreichen Schlachten ebenso, wie in der Zeit der Kampfpausen, auch ohne neue Friedensangebote immer bedacht sein, daran zu erinnern, daß wir diesen Krieg für ein sinn- und zwecklos gewordenen Blutvergießen halten, dem durch das Wiederkehren der Menschlichkeitsgefühle unserer Gegner in jedem Augenblick ein Ende gemacht werden könnte. Sie kämpfen, soweit sie nicht auf Ländergewinn ausgehen, gegen Windmühlen. Sie erschöpfen ihre und unsere Kräfte, um auf den Ruinen der Zivilisation neue Weltordnungen vorzubereiten, deren Verwirklichungsfähigkeit, auch von uns warm gebilligte Gedankenreihe sie viel leichter und vollständiger im friedlichen Zusammenwirken aller Völker in die Tat umsetzen könnten. Wir wenden trotz allem unsere Blicke immer hoffnungsvoller auf die uns jetzt feindlichen Völker, ob denn nicht endlich die Verblendung von ihnen weicht, welche die Welt nach den furchtbaren Heimtuchungen der vier Kriegsjahre immer weiter in das durch ihren Willen abwendbare Verderben treibt. Gewiß, — wir leiden schwer unter diesem Kriege, aber härter, als unser Los ist unsere Entschlossenheit, für unser gutes Recht zu kämpfen, bis der Feind abläßt von seinen menschenverderbenden, weil falsch angewendeten Ideologien und von seinem anmaßenden Umsturzwillen.

Der neue Bund kein Hindernis für den Völkerverbund.

Den Hort unserer Zuerst in so schwerer Schicksalsstunden bilden nach wie vor unsere Kriegsbündnisse, allen voran unser alter Bund mit dem Deutschen Reich. Das Bündnis soll auch künftig wie bisher seinen ausschließlich defensiven Charakter tragen. Es soll auch fest beruhen auf der bestmöglichen Lösung aller aus dem Kriege entstandenen uns gemeinsam berührenden Fragen und Bedürfnisse. Der neue Bündnisvertrag soll daher nicht nur das politische Verhältnis der beiden Mächte umfassen, sondern auch den Anlaß geben, die vielfachen künftig noch enger zu gestaltenden wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen derselben den geänderten Verhältnissen u. gewonnenen Einsichten anzupassen, sowie die mit der Wiedergeburt Polens zusammenhängenden Fragen unter Rücksichtnahme der Wünsche der Bevölkerung zu lösen. Das Bündnis soll auch künftighin gegen niemand eine Bedrohung oder Unfreundlichkeit bedeuten. Es soll nichts in das selbe aufgenommen werden, was Nötigung oder Anreiz zur Bildung von Gegengruppierungen zu bieten geeignet wäre.

Ein allgemeiner Völkerverbund soll in unserem Bündnisse eine vorbereitete Gruppe finden, die sich mit jeder auf verwandten Grundfragen beruhenden allgemeinen staatlichen Kombination leicht und ihrem Sinne gemäß zusammenschließen kann. Wir hoffen und erwarten, allen voran mit den uns verbündeten Bulgaren und der Türkei auch nach dem Kriege in der engsten Verbindung zu bleiben.

Der Minister schloß: Die Fortdauer dieses Krieges beruht ausschließlich auf dem einseitigen Vernichtungswillen der feindlichen Staatenlenker. Sie halten ihre Völker im Banne von Schlagworten, die aufrichtig gemeint sein mögen, aber an die falsche Adresse gerichtet werden. Unsere Gegner setzen sich dabei auf ihrem blutgedrängten Wege Ziele, die nur auf den Trümmern einer Welt erreicht werden könnten. Daß dies verkehrt werden wird, dafür bürgt unsere und unserer Verbündeten starke Wehr. Es sei zum Schluß der Worte unseres erhabenen Herrschers gedacht aus

seiner Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters am 1. August d. J.: Wir erstreben einen Frieden, welcher das fernere Leben der Völker von Groll und Nochedurst befreit, und der sie auf Generationen hinaus vor Anwendung der Waffengewalt sichert.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Die „Nadelstiche“ der Entente.

„Daily News“ vom 2. 7. 18 führt im Leitartikel über den Stand der Dinge an der Westfront aus: „Seit dem vergeblichen Versuch der Deutschen, an der Döse-Marne-Front durchzubrechen, zeigen die Verbandsstruppen einen viel regeren Angriffsgelbst. Insbesondere befolgen sie eine außerordentlich erfolgreiche Politik der Nadelstiche, durch die erstens unsere Leute angefeuert werden, die zweitens dem Feinde lästig fallen und seine Absichten erschleiern, und die schließlich beweisen, daß das Schwergewicht sich wieder zu unseren Gunsten neigt. Angesichts dieser Anzeichen ist die lange Pause in der Wiederaufnahme der deutschen Offensive um so bemerkenswerter. Daß sie eine erzwungene ist, muß als sicher angenommen werden, denn jede Verzögerung kommt den Verbandsmächten zugute. Aber auch noch andere Dinge arbeiten zu unseren Gunsten. Insbesondere die Katastrophe der Oesterreicher an der italienischen Front. Die österreichische Offensive sollte die Verlegenheiten der Verbandsmächte in dem kritischen Augenblick vermehren, wo der entscheidende Schlag in Frankreich fiel. Genau das Gegenteil ist eingetreten, denn heute sind nicht die Verbandsmächte in Verlegenheit, sondern die Deutschen. Ihre Pläne sind durch den politischen und militärischen Wirrwarr in ihrem Rücken durchkreuzt worden. Diese Betrachtungen lassen uns den kommenden Schlag mit Vertrauen erwarten. Gewiß werden die kommenden Monate noch kritische werden, aber wir sollten in Stande sein, durchzuhalten.“

Ob die Entente wirklich so voller Vertrauen ist? Bisher hat Hindenburg bewiesen, daß seine Taktik richtig war. Der neue Schlag wird zur rechten Zeit erfolgen. Wir sehen ihm mit voller Ruhe entgegen.

Der englische Vernichtungswille.

Kundgebungen Londoner Arbeiter, die am letzten Sonntag stattgefunden, erklärten, England wolle mit Frankreich Schulter an Schulter kämpfen, bis Elsaß-Lothringen wiederhergestellt und der preussische Militarismus vollständig vernichtet sei. Die Redner wiesen den Gedanken zurück, mit den feindlichen Sozialisten Besprechungen auf der Grundlage ihrer Antworten auf die Kriegszieldenkschrift der Arbeiterkonferenz der Alliierten anzuknüpfen.

Es schadet den Herren Debour und Genossen nichts, daß ihnen von englischen Arbeitern trotz ihrer deutschfeindlichen Friedensvorschläge der Stuhl vor die Tür gesetzt wird.

Eine zu Ehren der Alliierten veranstaltete soziale Kundgebung am Trafalgar Square, an der die Sozialistenführer Tillet, Thorne, Hyndman und Vertreter des amerikanischen Sozialistenverbandes teilnahmen, nahm eine beifällig begrüßte Entschließung an, in der erklärt wird, daß die Arbeiter von London sich jedem Frieden widersetzen, bis die Hohenzollern und Habsburger militärisch vernichtet seien. Trotzdem sie einen Frieden ohne imperialistische Erweiterungen und Kriegsschadigungen wünschten, so verschärfen sie doch, daß kein Friede ohne volle Entschädigung für die von den Deutschen angerichteten Verwüstungen und ohne den Wiederaufbau der Gebiete der niedergeworfenen Nationen ausreichend sei.

In diesem Sinne wurden Botschaften an Clemenceau und Wilson abgesandt.

Der Sozialist Thorne erklärte, es sei klug gewesen, daß Troelstra der Paz verweigert worden sei, denn es sei sicher, daß Troelstra im heimlichen Einverständnis mit dem deutschen auswärtigen Amt sei. Ein Dokument, das im Juni 1917 in die Hände der englischen Regierung gefallen sei, beweise das.

Mit Leuten von so ausgesprochenem Deutschenhaß verhandeln die deutschen Unabhängigen Sozialisten.

Der deutsch-englische Gefangenenaustausch bevorstehend.

Die Haager Verhandlungen zwischen Deutschland und England über den Gefangenenaustausch sind abgeschlossen. Sie haben zu einem befriedigenden Resultat geführt. Die Ratifikation soll so rasch als möglich erfolgen, so daß mit dem Gefangenenaustausch bereits in den nächsten Wochen begonnen werden kann.

Ein feindlicher Nichthofen?

Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ soll der kanadische Fliegerkapitän Bishop seinen 70. Luftsieg davongetragen haben.

Wie der amerikanische Patriotismus gefördert wird.

New York Times schreibt am 17. 5. 18. Dr. Charles H. Eaton sagte, als er von einer Besichtigungsreise der Werften zurückkehrte:

„Ich sah auf einer Werft einen Mann, der es unterließ, eines Nachts beim Schichtwechsel seinen Hut abzunehmen, als die Nationalhymne gespielt wurde. Die Arbeiter ergriffen ihn und verprügelten ihn gehörig, ehe die Wache ihn retten konnte. Die Strafe war roh, aber verdient und zeigt die Stimmung der Leute gegen alles und jeden an, der den Versuch macht, sich der Entschlossenheit der Schiffbauer, ihre Aufgabe schnell und gründlich durchzuführen, entgegenzustellen.“

Im Zusammenhang ist hiermit folgende Notiz aus demselben Blatte erwähnenswert:

Baltimore, 18. 5. 18. 18.000 Arbeiter und Eisenbahnarbeiter der Sparron Points-Werft ließen das zwischen der Associated Shipworkers' Union und dem Lohnschiedsrichteramt getroffene Abkommen, nach dem während des Krieges nicht gestreift werden sollte, außer acht und legten die Arbeit nieder. Als Grund geben sie an, daß ihnen der im Februar versprochene Bonus nicht voll ausbezahlt wäre.

Der gerechte Friede in französischer Beleuchtung.

Im Pariser „Radical“ vom 4. Juli beschäftigt sich der bekannte Militärschriftsteller E. Pais, einer der führenden französischen Fachleute, wieder mit der alten Frage der französischen Mindestkriegsziele. Zu Beginn des Krieges, meint Pais, war ich noch der Ansicht, daß ein Ende der Feindseligkeiten zu finden wäre, wenn Deutschland Elsaß-Lothringen wieder an Frankreich zurückgegeben hätte, wenn die Urheber des Krieges bestraft wären und entsprechender Schadenersatz geleistet würde. Heute jedoch erscheint es mir unmöglich, sich mit diesen Gesichtspunkten zufrieden geben zu können. Die Deutschen müssen gänzlich auf das andere Rheinufer zurückgedrängt werden; Deutschland muß unter Vormundschaft gestellt bleiben, bis die Herstellung seines geistigen Normalzustandes erreicht ist — darüber werden vielleicht Jahrhunderte vergehen. Erst dann können wir Deutschland in den Schoß der Gemeinschaft der Nationen aufnehmen. Man sollte dem Beispiel der englischen Marine folgen, die sich entschlossen hat, die gesamte deutsche Marine — zur Strafe für die von den deutschen U-Booten begangenen Verbrechen — auf eine bestimmte Anzahl von Jahren hinaus zu boykottieren. Derlei Maßnahmen müßte man auf die ganze Rasse ausdehnen. Wenn man Deutschlands Unterrichtsweisen überwacht und es von seinen Naturtrieben befreit, erst dann kann die Menschheit aufatmen, fern von allen Schrecken eines Krieges, zu Ruh und Frommen einer höheren Kultur.

Englands Landwirtschaft vor einer schweren Krise.

„Daily News“ vom 3. Juli beschäftigt sich mit der Entscheidung der Regierung, daß weitere 30.000 Landarbeiter zum Heere einberufen werden sollen. Unter der bezeichnenden Ueberschrift „Auf dem Wege zur Hungersnot“ führt das liberale Blatt aus: Die Landwirte sind gezwungen worden, sowohl sehr ungenügendes Grasland als auch vorzügliche Weiden in Ackerland umzuwandeln. Wegen dieser Willig von den Landwirten übernommene Verpflichtung verächtete sich ihrerseits die Regierung zur Beschaffung von Leuten zum Einbringen der Ernte. Dieses Beiprechen hat die Regierung gebrochen und damit sind wir auf dem Wege zu einem ersten Lebensmittelmangel, wenn nicht einer Hungersnot, bevor der Krieg zu Ende geht.

In diesem Jahre dürfte ein Teil der Ernte verloren gehen, was wird aber im nächsten geschehen? Wie kann eine Regierung den Farmer dazu zwingen, jetzt Ackerland zu vermehren, wenn er in diesem Jahre seine Ernte nicht in die Scheune bringen kann?

Man hat die offizielle Erklärung abgegeben, daß die militärische Lage so kritisch, um nicht zu sagen, verzweifelt ist, daß die Einziehung von 30.000 Landarbeitern und deren Sendung an die Front nach drei- bis viermonatiger Ausbildung zusammen mit der wöchentlich erfolgenden Ankunft von Amerikanern über Sieg oder Niederlage entscheiden kann. Davon mag sich überzeugen lassen, wer überzeugt sein will. Es genügt darauf hinzuweisen, daß, falls das nötige Getreide in Großbritannien nicht geerntet wird, es in Amerika geerntet und nach Europa geschafft werden muß. Für jeden Mann, den man der englischen Landwirtschaft entzieht, muß man auf einen amerikanischen Farmer, den überseeischen Beschaffer und den englischen Dackarbeiter zurückgreifen. Das nennt dann die Regierung Menschenmaterial sparen.

Der Daul der Deutschen in der Ukraine.

Der Kongreß der Kolonisten in der West-Ukraine hat an Seine Majestät den Kaiser folgende Dringung gerichtet:

Der Kongreß, der aus der Verbannung zurückgekehrten Kolonisten der West-Ukraine legt Eurer Kaiserlichen Majestät in tiefster Ehrfurcht seinen unauflöschlichen Dank zu Füßen für die Befreiung aus schwerer Not und gibt alleruntertänigst seiner Hoffnung Ausdruck, daß es Eurer Majestät und allerhöchst dero weisen Reichsregierung unter Gottes fernem Beistand gelingen möge, den deutschen Kolonisten der Ukraine auch ferner Beistand zu gewähren.

gez. Präzident Pastor H. Deringer.

Darauf ist folgendes Antwort-Telegramm ergangen:

Großes Hauptquartier, den 11. Juli

Kongreß der Kolonisten der West-Ukraine.

(Präsident Pastor Deringer.)

Seine Majestät der Kaiser haben die Dankes- und Kundgebung der aus der Verbannung glücklich zurückgekehrten deutschen Kolonisten der West-Ukraine mit Freude entgegengenommen und werden ihnen auch fernerhin gern Allerhöchst ihr besonderes Interesse bewahren.

Auf Allerhöchsten Befehl.

Geheimer Kabinettsrat von Berg.

Verhaftung eines Bischofs in Kanada.

Nach einem Reuter-Telegramm meldet Times aus Toronto: Das Haupt der ruthenischen Kirche in Westkanada, Budka, und einer ihrer Priester namens Paski, sind wegen aufrührerischer Propaganda verhaftet worden. Beim Ausbruch des Krieges hat Bischof Budka in einem Hirtenbriefe die Oesterreicher in Kanada aufgefordert, heimzukehren und in die Arme einzutreten. Er steht seitdem unter Aufsicht. Seine Verhaftung ist der Beginn einer neuen Untersuchung der „Umtriebe“ feindlicher Ausländer in Westkanada. Man hält es für notwendig, sie genauer zu beaufsichtigen.

Die Rückkehr des Meschidje.

Die türkischen Kriegsschiffe „Zavus Sultan Selim“ und „Hamidje“ sind mit dem Kreuzer „Meschidje“ im Bosporus eingetroffen. Dieses türkische Schiff war am 31. März 1916 vor Dschafkow aus eine Mine gestochen und von den Russen, die ihm den Namen „Pruth“ gaben, flott gemacht worden. Bei der Eroberung von Sebastopol wurde es von den Deutschen wieder in Besitz genommen. Das Blatt gibt der Freude Ausdruck, welche die ottomanische Nation darüber empfindet, den „Meschidje“ wiederzusehen. Der „Meschidje“ wird sich zur Säuberung ins Dod begeben. „Zavus“ und „Hamidje“ erschienen am Sonntag vor dem kaiserlichen Palast in Dolmabahische und schossen zu Ehren des neuen Sultans Salva ab.

Politische Rundschau.

Ein Wahlrechtskompromiß des Herrenhauses?
Am 4. September beginnen die Ausschussberatungen des Preussischen Herrenhauses über die Wahlrechtsvorlagen. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, stehen sich im Herrenhaus zwei Strömungen gegenüber; eine, der jede „Demokratisierung“ nach wie vor ein Dorn im Auge ist, und die inolgedessen noch weitergehende „Sicherung“ verlangt, und eine zweite Strömung, die für eine von den beiden, die ein neues Kompromiß anstrebt. Diese zweite Richtung, die einen Teil der Rechte und die Mehrzahl der Mitglieder der neuen Fraktion umfaßt, fürchtet offenbar den Eindruck und die Wirkung einer eventuellen Auflösung des Abgeordnetenhauses (an die man auf der rechten Seite noch nicht glauben will) und eines möglichen Pairschubs. Sie propagiert daher die Ansicht, man könne für die Wahlen zur Zweiten Kammer sehr wohl das gleiche Wahlrecht bewilligen, wenn man auf der anderen Seite die Erste Kammer mit ausreichenden Schutzwehren zu umgeben vermöge. Die zweite Richtung würde also das Hauptgewicht auf eine „Verbesserung der Herrenhausvorlage“ legen.

Der Prozeß Erzbergers gegen den Grafen Schönburg in Dresden ist nicht zurückgezogen worden. Vergleichsverhandlungen und auch ein Parteilichsgericht wurden abgelehnt. Graf Schönburg wird von einem sächsischen Parteifreund vertreten.

Ein Schutzverband der Kriegervitwen hat sich in Alshersleben gebildet. Er will durch Zusammenschluß die Interessen der Kriegervitwen und ihrer Kinder wahrnehmen. Es ist beabsichtigt, den Verband über ganz Deutschland auszudehnen. — Wir glauben nicht an einen Erfolg dieser Organisation, da die Interessengegensätze gerade bei den Kriegervitwen zu groß sind.

Die Gesundheitsfragen in Moskau und Christiania. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, sind die Meldungen einiger Blätter über die Neubesezung der diplomatischen Posten in Moskau und Christiania nicht zutreffend oder voreilig. Es kann über diese Fragen selbstverständlich ein Entschluß erst gefaßt werden, wenn das Staatssekretariat im Auswärtigen Amt endgültig neue Befehle erteilt wird.

Der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Wirklicher Geheimer Legationsrat Dr. Theo Matthieu, ist gestorben.

Die christlich-soziale Vertrauensmännerversammlung zu Minden-Havensberg sprach sich im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand der Partei für ein Zusammengehen mit Sozialdemokraten in dem kommenden Wahlkampf um das gleiche Wahlrecht aus.

Verbotene Wahlrechtsversammlung. Der stellvertretende kommandierende General des 21. und 16. Armeekorps von Unger, verweigerte die Genehmigung zur Erörterung der preussischen Wahlrechtsvorlage in der für den Sonntag in Saarbrücken geplanten Vertreterversammlung der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Saarbrücken-Dittweiler-St. Wendel. Die Versammlung, in der die drei Abgeordneten des Wahlkreises ihre Abstimmung rechtfertigen wollten, mußte deshalb unterbleiben.

Professor Miljukow. Die nach einer russischen Quelle gebrachte Meldung, daß der frühere Minister des Auswärtigen, Miljukow, nach Berlin abgereist sei, trifft nicht zu. Herr Miljukow, von dem neuerdings berichtet wird, daß er sich für ein Zusammengehen Russlands mit Deutschland ausgesprochen hat, wird in Berlin nicht erwartet.

Staat und Kirche in Sachsen-Meiningen. In ihrer letzten Sitzung verabschiedete die Landesynode in Meiningen die Vorlage über die Selbstständigkeit der Landeskirche. Unter der Obstruktion der Sozialdemokraten, hatte der Landtag beschlossen, die Landeskirche insofern finanziell unabhängig zu machen, als ihr aus der Landesstaatskasse alljährlich 200 000 Mark ausgezahlt werden. Damit fallen alle anderen Ansprache an die Staatskasse weg. Daraufhin legte der Oberkirchenrat der Landeskirche einen Gesetzentwurf vor, in dem dieser Beschluß vom 1. Januar 1919 an Gesetzeskraft erlangen soll. Trotz einiger Bedenken haben sich die Ausschüsse entschlossen, die Annahme der Vorlage zu empfehlen, weil dadurch ein gewisses Ziel erreicht werde. Man komme der Trennung von Kirche und Staat einen Schritt näher. In der Aussprache bezeichnete der Regierungsvertreter, Wirklicher Geh. Rat Dr. Trinks, den Gesetzentwurf als einen Ausfluß der notwendigen Fürsorge für die Kirche. Die Vorlage wurde schließlich gegen drei Stimmen angenommen.

Das „Schwarze Buch“ des Fürsten zu Albanien. Durch die Zeitungen gehen Mitteilungen über den in England verhandelten Beleidigungsprozeß gegen den englischen Abgeordneten Pemberton Billing. Ein darin als Zeuge vernommener amerikanischer Hauptmann, namens Spencer, soll ausgesagt haben, er sei Adjutant des Fürsten Wilhelm zu Albanien, Prinzen zu Wied, in Durazzo gewesen. Der Fürst habe ihm in diesem Prozeß mehrfach erwähntes „Schwarzes Buch“, der ersten 47 000“ gezeigt und erläutert. (Es soll sich um eine Liste pervers veranlagter Engländer handeln, die durch Drohungen mit dem Strafrichter zu verräterischen Handlungen gegen ihr Vaterland gezwungen werden könnten.) Alle diese Behauptungen sind, wie von einer dem Prinzen zu Wied nahestehenden Seite mitgeteilt wird, unwarhaft und, falls Hauptmann Spencer sie aufgestellt hat, dessen Hirngespinnste. Hauptmann Spencer war niemals Adjutant des Fürsten Wilhelm, noch stand er irgendwie in Diensten der albanischen Regierung. Von der angeblichen Existenz eines solchen mysteriösen „Schwarzen Buches“ hat Prinz Wilhelm zu Wied, Fürst zu Albanien, erst durch die erwähnten Zeitungsnachrichten etwas gehört.

Eine wichtige Neuerung im Kriegsteilungsrecht ist vom Bundesrat beschlossen worden. Sie hat besondere Wichtigkeit für den Haushalt der den Kriegsschauplätzen nahegelegenen Gemeinden und für deren Bewohner. Nach § 9 des Kriegsteilungsgesetzes wurde Vergütung für Naturalquartier und Stallung seitens

des Reichs nicht für sogenannte Marsch- und Kantonementsquartiere zugeteilt, also für nur durchmarschierende Truppen. Eine Bundesratsverordnung räumt nun mit der Unterscheidung zwischen Standquartieren und Marsch- und Kantonementsquartieren „für die Dauer des gegenwärtigen Kriegszustandes“ — in Wahrheit wohl für alle Zukunft — auf. Vom 1. Jan. 1918 ab wird Vergütung für Naturalquartier und Stallung in allen Fällen nach den für den Friedenszustand geltenden Sätzen gewährt, mit der Verbesserung, daß für alle Militärpersonen vom Feldwebel abwärts die höheren, in dem Servistarif für Feldwebel ausgeworfenen Sätze Anwendung finden.

Die neue Verordnung belastet die Staatskasse jährlich um Millionen.

Oesterreich: Die geplante Tschechenfrage.

Am Dienstag ist in Wien der Reichsrat nach langer Unterbrechung seiner Tagungen wieder zusammengetreten. Das Parlament wird alsbald vor eine unerquickliche Aufgabe gestellt. Tschechen und Südslawen beantragen eine Ministeranfrage wegen der Bestimmungen über die böhmischen Kreishauptmannschaften. Natürlich handelt es sich dabei lediglich um eine Demonstration und um einen Vorwand, die staatsrechtlichen Programme der Tschechen und Südslawen wieder aufzurollen, den „Verfassungsumbau“ der Monarchie wieder aufs Tapet zu bringen und die „volle Gleichberechtigung“ und das „Selbstbestimmungsrecht“ der Nichtdeutschen und Nichtmagyaren Oesterreich-Ungarns zu propagieren. Es steht zu erwarten, daß dabei auch die „böhmische Frage“, beziehungsweise das Verhältnis der Tschechen und der Südslawen in den Sudetenländern, ein Hauptthema der Erörterung bilden und zu lebhaften Auseinandersetzungen führen wird.

Ist dieser Gegenstand erledigt, so kommt die zweite Lesung des Budgetprovisoriums einschließlich der Kriegskredite an die Reihe und damit die in der Sommertagung zu gewärtigende politische Entscheidung. Es läßt sich begreiflicherweise zur Stunde noch nicht vorhersehen, wie sich die parlamentarische und damit die innerpolitische Lage im Laufe der nächsten Zeit gestalten wird. Einmal muß die Lage jedenfalls noch als unsicher und schwankend bezeichnet werden. Immerhin läßt sich schon heute feststellen, daß nicht nur der Lebenswille des gesamten Parlaments stark ist, sondern daß man in weiten parlamentarischen Kreisen der Ansicht zuneigt, daß die bevorstehende Sommertagung des Parlaments wohl manche Aufregungen und Stürme, aber keine ernste Krise bringen werde.

Die Beisetzung des Grafen Mirbach.

Am Sonntag vormittags fand im Schloß zu Harff in der Eifel in der Abwesenheit des alten Geschlechts die Beisetzung der Leiche des Grafen Wilhelm Mirbach statt. Die im Schloß ausgeführte Leiche war mit einem Tuch in den deutschen Farben bedeckt, am Sarge lagen Kränze, darunter die vom Kaiser. Als dessen Vertreter war der Oberpräsident Freiherr Grotte-Koblenz, anwesend, als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Unterstaatssekretär von Stamm. Ferner waren erschienen eine Abordnung der Sowjetregierung, an der Spitze Generalleutnant Sergei Obidnow, eine Vertretung des rheinischen Adels, eine Abordnung der Ministerchen Karaffiere, denen der Verstorbene als Reserveoffizier angehörte, sowie Regierungspräsident v. Dalwigk-Wachen. Nach der Einsegnung im Schloß setzte sich der Leichenzug zur Kapelle in Bewegung. Der Pfarrer von Harff hielt eine Ansprache, in der er die Verdienste des Verstorbenen würdiate.

Jüngeres Hausmädchen nach Dresden gesucht. Zu erf. Bismarck-Platz 114.

Die beste Jauchepumpe

ist und bleibt meine tausendfach bewährt. D.-R.-P.-Eiselpumpe, beliebig verstellbar, Ausguss, geteilt, Zylinder, mit Festdrückungsring, nachstellbar, Einfrieren und Einrollen dadurch ausgeschlossen, Ventil mit einem Griff herausnehmbar.

Prospekt frei durch Max Knauth, Bischofswerda i. Sa., landw. Maschinenhalle. Am Wählisch 4. Fernsprecher 168. NB. Vertreter der Alfa-Zentrifuge, großes Ersatzteillager u. Reparaturen.

In Dönschen Nr. 5 sind Schafe zu verkaufen.

Ein Mädchen

von 14—16 Jahren wird sofort gesucht zur Haus-Landwirtschaft. Zu erfahren bei Rob. Schubert, Buchbindermeister Glaschüttle.

Wollen Sie für Ihr Schlacht- und Pferd

einen wirklich hohen Preis erzielen, wenden Sie sich an die Rostschlachterei B. Lieber,

Dippoldswalde, Freiburger Straße 237, Telephon 97. Zahl allerhöchste Preise und bin bei Rostschlachtungen mit Transportwagen schnell zur Stelle. Empfehle mich als Pferdescherer.

Schlacht- und Pferde

kauft zum höchsten Preis Hermann Schartz, Tel. 80. Im Notfall sofort zur Stelle. Nachklingel vorhanden!

Die lästigen Schuppen

beseitigt mit Garantie Schwefel-Pomade Philodermine „Marke Eichenkranz“. Bei Hermann Lommagisch, Eulenten-Drogerie.

Praktisch für Landwirte und Geflügelzüchter!



Dem eingetretenen Futtermangel zum Füttern des Geflügels kann einzig und allein durch das vollständige Zermahlen von alten und neuen Knochen, welche sonst weggeworfen, abgeholzen werden. Die

Universalmühle

„Heureka“

mit patentamt. geschütztem Mahlrost liefert hierfür nachweisbar die besten Erfolge. Prospekte und Preislisten gratis und franco nur durch die Generalvertretung von

Max Knauth, Bischofswerda i. Sa.

Landwirtschaftliche Maschinenhalle
Telephon 158. — Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. NB. Vertreter der Alfa-Zentrifuge, großes Ersatzteillager und Reparaturen.

Sudje 500 Mark

geg. Sicherheit, hohe Zinsen, auf vierteljährliche, ratenweise Abzahlung. Wertes Angebot an die „Welshery-Zeitung“. Off. u. H. J. 99.

Kaufe lebende Bachforellen

(große und kleine Posten) zu jeder Zeit. Kaiserhof Bärenfels.

Rachnungen liefert C. Zehne

Tischler und Maschinenarbeiter

erhalten dauernde Anstellung bei der

Sächs. Holzwaren-Industrie
E. Jansen,
Dippoldswalde.

Arbeiter und Arbeiterinnen

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Pappfabrik Obercarsdorf.
Max Nische & Co.



Bruders, des Gestorbenen

Richard Arthur Erhard

Ref.-Infanterie-Regiment Nr. 102, 5. Komp. Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse sind uns so viele Zeichen der Liebe und innigsten Teilnahme dargebracht worden, daß wir uns gedrungen fühlen, hierfür allen den herzlichsten Dank

auszubringen. Ganz besonderen wärmsten Dank sprechen wir Herrn Pfarrer Pollack für die erhebenden und trostreichen Worte bei der Gedächtnisfeier am 7. Juli aus. Nicht minder herzlich danken wir sowohl der gesamten Gemeinde Johnsbach für die schöne Kranzspende, wie auch der lieben Jugend zu Johnsbach für den unsern unvergeßlichen, teuren Heimgegangenen gewidmeten ehrenvollen Nachruf.

Dir aber, lieber Sohn und Bruder, rufen wir aus weiter Ferne ein „Ruhe sanft in fremder Erde“ tieftrauernden Herzens nach.

Gehorsam, Treu' und Tapferkeit, Das war deine Zierde jederzeit. Nun ruhest du aus auf fernem Hüdn, Wo du stets schriebst: Auf Wiedersehn!

Mit großer Sehnsucht nach den Deinen, Fielst du, den wir so heiß geliebt, Daß du uns einstens wiederkehrst Die Hoffnung schmerzlich ist getrübt.

Das Schicksal ließ die Hoffnung schwinden, Doch tröstet uns in solchem Leid: Daß wir dich werden wiederfinden Vor Gottes Thron in Ewigkeit.

Johnsbach, im Juli 1918.

Die tieftrauernde Familie Wilhelm Erhard.